

einer Weise, die geeignet ist, außerhalb der Anlage Leib oder Leben eines anderen Menschen zu schädigen oder erhebliche Schäden an Tieren oder Pflanzen, Gewässern, der Luft oder dem Boden herbeizuführen.

IV. Fazit

Das deutsche Umweltstrafrecht verfügt mit §§ 326 ff. StGB über einen komplizierten Geflecht von Straftatbeständen, die einen unerlaubten Umgang mit Abfällen und anderen gefährlichen Stoffen und Gegenständen sowie das unerlaubte Betreiben von besonders umweltgefährdender Anlagen strafrechtlich sanktionieren. Die hier behandelten Vorschriften decken einen wesentlichen umweltstrafrechtlichen Bereich ab, wobei in gesetzestechnischer Hinsicht die Rechtsanwendung auf gewisse Schwierigkeiten trifft.

Grundsätzlich nimmt der zunehmende Einfluss des europäischen Rechts auf das deutsche Strafrecht in den umweltstrafrechtlichen Delikten keine Sonderstellung ein. Es existieren zahlreiche Straftatbestände, deren Ursprung im Europäischen Gemeinschaftsrecht liegt. Allerdings hat das Europäische Gemeinschaftsrecht in den – den unerlaubten Umgang mit Abfällen und das unerlaubte Betreiben von Anlagen betreffenden – umweltstrafrechtlichen Blanketttatbeständen den unmittelbaren Einzug in das deutsche Kernstrafrecht gefunden. Dieser Bereich des Umweltstrafrechts enthält nämlich eine Reihe von Blankettstraftatbeständen, die zur notwendigen Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Anforderungen explizit auf das europäische Recht verweisen, was die Bildung eines vollständigen Tatbestandes erheblich erschwert. Diese Art der Blankettgesetzgebung bringt zudem durch die Notwendigkeit ständiger Anpassung der Strafvorschriften an die geltenden Fassungen der europäischen Ausfüllungsnormen ein erhebliches Fehlerpotenzial im Gesetzgebungsprozess mit sich.

UDC 343

Prof. Dr. Uwe Hellmann,
Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht, insbesondere
Wirtschaftsstrafrecht an der Juristischen Fakultät
der Universität Potsdam, Deutschland

DER NEUE STRAFTATBESTAND DER TERRORISMUSFINANZIERUNG

I. Einführung

Am 20. Juni 2015 trat das Gesetz zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten (GVVG-Änderungsgesetz – GVVG-ÄndG) in Kraft.⁵⁸ Dieses Gesetz hat den als

⁵⁸ BGBl. I 2015, S. 926.

„Terrorismusfinanzierung“ überschriebenen Straftatbestand des § 89c in das StGB eingefügt. Da auch die Finanzierung des so genannten „Terror-Tourismus“ erfasst werden sollte bzw. zur Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen mit Strafe bedroht werden musste, ergänzte das Gesetz § 89a StGB – „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat“ – um einen Absatz 2a, der die Ausreise und sogar den Versuch der Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland zum Zweck der Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat oder der Ausbildung in so genannten „Terror-Camps“ unter Strafe stellt. Zudem enthält das GVVG-ÄndG einige Folgeänderungen anderer Gesetze, z.B. der Strafprozessordnung, aber auch des Kreditwesengesetzes (KWG), des Geldwäschegesetzes (GWG) und des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

Die Terrorismusfinanzierung war im Übrigen zuvor nicht etwa straflos, sondern § 89a Abs. 2 Nr. 4 StGB a.F. bedrohte das Sammeln, Entgegennehmen oder Zurverfügungstellen „nicht unerheblicher“ Vermögenswerte für die Begehung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten mit Strafe. Nach § 129a Abs. 5 StGB ist zudem die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung – auch einer ausländischen (§ 129b StGB) – strafbar; die Finanzierung kann eine solche Unterstützung darstellen.⁵⁹ Der Terrorismusfinanzierung wirkt zudem § 18 Abs. 1 Außenwirtschaftsgesetz (AWG) entgegen, der Verstöße gegen Bereitstellungsverbote auf der Basis von Terrorismuslisten der UN und der EU unter Strafe stellt. Erfasst sind auch das „Bereitstellen“, d.h. das mittelbare oder unmittelbare Zurverfügungstellen von Vermögenswerten, sodass die gelistete Person unmittelbar die Verfügungsbefugnis darüber erlangen kann, sowie die Erbringung von Finanzdienstleistungen für eine solche Person.⁶⁰ § 89c StGB hat also keineswegs eine völlig neue Strafrechtslage, sondern einen „eigenständigen Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung“ geschaffen, der „über den engen Anwendungsbereich“ des § 89a Abs. 2 Nr. 4 StGB a.F. „deutlich hinausgeht, indem er nun die Finanzierung terroristischer Straftaten allgemein unter Strafe stellt“.⁶¹

Eine völkerrechtliche Verpflichtung zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus bestand bereits seit Längerem. Deutschland hatte das Internationale Übereinkommen der UN vom 9. Dezember 1999 zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus⁶² 2004 ratifiziert⁶³; nach Art. 2 Nr. 1 dieses Übereinkommens begeht eine Straftat, „wer gleichviel durch welches Mittel, unmittelbar oder mittelbar, widerrechtlich und vorsätzlich finanzielle Mittel bereitstellt oder sammelt mit der Absicht oder in Kenntnis dessen, dass sie ganz oder teilweise dazu verwendet werden“, um eine in dem

⁵⁹ BGHSt 54, 69 (Rn. 138); *Sternberg-Lieben*, in Schünke/Schröder, StGB, 29. Aufl. 2014, § 129 Rn. 15a.

⁶⁰ Näher dazu Sieber/Vogel, Terrorismusfinanzierung, 2015, S. 87 f.

⁶¹ BT-Drucks. 18/4087, S. 8.

⁶² <http://www.un.org/Depts/german/uebereinkommen/ar54109.pdf>.

⁶³ BGBl. II 2003, S. 1923.

Übereinkommen bezeichnete – terroristische – Straftat zu begehen. Zudem verpflichtet Art. 2 Abs. 2 lit. b des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung⁶⁴ in der Fassung des Rahmenbeschlusses 2008/919/JI des Rates vom 28. November 2008⁶⁵ die Mitgliedstaaten zur Schaffung von Straftatbeständen gegen die „Beteiligung an den Handlungen einer terroristischen Vereinigung einschließlich Bereitstellung von Informationen oder materiellen Mitteln oder durch jegliche Art der Finanzierung ihrer Tätigkeit mit dem Wissen, dass diese Beteiligung zu den strafbaren Handlungen der terroristischen Vereinigung beiträgt“. Zur Umsetzung dieses Übereinkommens und des Rahmenbeschlusses wurden 2009 durch das GVVG § 89a Abs. 2 Nr. 4 StGB a.F. und andere Regelungen geschaffen.

Den Anstoß für die Einfügung des § 89c StGB gaben die Resolution 2178 (2014) des Sicherheitsrats der UN vom 24. September 2014⁶⁶, die in Ziffer 6 Buchstabe b vorsieht, die Finanzierung von Reisen zu terroristischen Zwecken strafrechtlich zu verfolgen, und Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF), die zwar keine rechtliche Wirkung für die derzeit 34 Mitgliedstaaten erzeugen, zu deren Umsetzung sich die zuständigen Minister aber durch eine „politische Selbstverpflichtung“ erklärt haben⁶⁷. Den Rahmenbeschluss 2002/475/JI setzt § 89c Abs. 1 StGB im Übrigen nicht vollständig um, da Art. 3 lit. a und c auch die Einstufung des schweren Diebstahls und der Ausstellung gefälschter Verwaltungsdokumente im Zusammenhang mit „terroristischen Aktivitäten“ als „terroristische Straftaten“ fordert.

II. Tatbestandsalternativen des § 89c StGB

Bei genauer Betrachtung enthält § 89c StGB nicht einen Tatbestand, sondern mehrere Tatbestände.

1. Finanzierung fremder terroristischer Taten, § 89c Abs. 1 S. 1 Nr. 1-7, S. 2 StGB

Die Beschreibung der terroristischen Taten orientiert sich an § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), stimmt jedoch mit den dortigen Regelungen nicht völlig überein. Zum einen enthält § 89c StGB einen – geringfügig – erweiterten Straftatenkatalog; erfasst sind über die auch in § 129a StGB genannten Delikte (vorsätzliche Tötungsdelikte, Völkerrechtsverbrechen, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, schwere Körperverletzung, gemeingefährliche Straftaten, schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften, Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Waffengesetz) hinaus die gefährliche Körperverletzung, die Vorbereitung von Explosions- und Strahlungsverbrechen sowie der unerlaubte Umgang mit radioaktiven Stoffen und anderen gefährlichen Gütern. Diese Erweiterung wurde zur Erfüllung

⁶⁴ Abl. Nr. L 164 vom 22. Juni 2002, S. 3.

⁶⁵ Abl. Nr. L 330 vom 9. Dezember 2008, S. 21.

⁶⁶ http://www.un.org/depts/german/sr/sr_14/sr2178.pdf.

⁶⁷ Eingehend *Sieber/Vogel* (Fn. 3), S. 39 ff.

internationaler Übereinkommen vorgenommen.⁶⁸ Zum anderen verlangt § 89c Abs. 1 S. 2 StGB für alle Straftaten den terroristischen Zweck, nämlich die Bestimmung der Tat, „die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern, eine Behörde oder eine internationale Organisation rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beseitigen“, und die Eignung der Tat, „durch die Art ihrer Begehung oder ihre Auswirkungen einen Staat oder eine internationale Organisation erheblich [zu] schädigen“. Erforderlich ist eine konkrete Eignung im Sinne einer generellen Gefährlichkeit der Tat zu einer erheblichen Schädigung.⁶⁹ § 129a Abs. 1 StGB verzichtet bei Mord, Totschlag, Völkerrechtsverbrechen, erpresserischem Menschenraub und Geiselnahme dagegen auf diese Zwecksetzung.

Die Tathandlungen Sammeln, Entgegennehmen oder Zurverfügungstellen von Vermögenswerten wurden aus § 89a Abs. 2 Nr. 4 StGB a.F. übernommen und entsprechen im Wesentlichen den in dem Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und der Sicherheitsrats-Resolution 2178 (2014) verwendeten Begriffen Bereitstellen (provision) und Sammeln (collection). Die von *Sieber/Vogel* in der Anhörung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz am 23. März 2015 vorgeschlagene Präzisierung der Tathandlungen – Zurverfügungstellen, Versenden, Einsammeln, Entgegennehmen von Vermögenswerten, die aus einer rechtswidrigen Tat stammen oder zur Übermittlung an einen anderen bzw. zur Begehung einer rechtswidrigen Tat überlassen wurden, sowie Organisation illegaler Finanztransfersysteme⁷⁰ – wurde nicht in das Gesetz übernommen.

Der bereits in § 89a Abs. 2 Nr. 4 StGB a.F. verwendete Terminus „Vermögenswerte“ findet sich auch in der amtlichen Überschrift des § 261 StGB und in § 263 Abs. 3 Nr. 2 StGB, sodass der dortige Meinungsstand zur Auslegung herangezogen werden kann.⁷¹ Der Begriff ist weit auszulegen und umfasst „neben beweglichen und unbeweglichen Sachen mit Vermögenswert ebenfalls Rechte einschließlich der Forderungen“.⁷² Im Gegensatz zu § 89a Abs. 2 Nr. 4 StGB a.F. enthält die neue Vorschrift keine Beschränkung auf „nicht unerhebliche“ Vermögenswerte, sondern § 89c Abs. 5 StGB sieht für den Fall der Geringfügigkeit des Vermögenswerts lediglich einen geringeren Strafraum vor (dazu unten 4.).

„Sammeln“ ist im Sinne von *Einsammeln* zu verstehen, erfasst das *Ansammeln* (Ansparen) somit nicht⁷³, und meint alle Tätigkeiten, die auf ein

⁶⁸ BT-Drucks. 18/4087, S. 11.

⁶⁹ Gazeas, in AnwaltKommentar StGB, 2. Aufl. 2015, § 129a Rn. 24.

⁷⁰ <http://www.bundestag.de/blob/366620/983448cdd6c3dda63a44871626bd57de/sieber-data.pdf>, S. 3.

⁷¹ Gazeas (Fn. 12), § 89a Rn. 52.

⁷² BT-Drucks. 16/12428, S. 15.

⁷³ Paeffgen, in NomosKommentar zum StGB, 4. Aufl. 2013, § 89a Rn. 51; Sieber, NStZ 2009, 353 (360).

planmäßig, konstantes Entgegennehmen oder Einfordern von Vermögenswerten gerichtet sind.⁷⁴ Die Aktivitäten des Täters müssen erfolgreich sein, d.h., er muss wenigstens einmal eine „Spende“ erhalten, sonst handelt es sich um einen bloßen Sammlungsversuch.⁷⁵

Im Gegensatz zu der Tathandlung des Sammelns, das jedenfalls nach dem Plan des Täters auf mehrere Akte gerichtet sein muss, stellt das Entgegennehmen, das von dem in der Sicherheitsrats-Resolution 2178 (2014) verwendeten Terminus „collection“ umfasst sein dürfte, das – auch einmalige – tatsächliche Inempfangnehmen von Vermögenswerten, also die Erlangung der Verfügungsgewalt über diese, – in der Regel zur Weiterleitung – dar.⁷⁶ Nach Auffassung der Verfasser des Entwurfs des GVVG-EntG sollen „alltägliche Vermögenszuflüsse, die einer Rechtspflicht entsprechen, wie etwa laufende Gehaltszahlungen“, sowie generell „die Entgegennahme von Zuwendungen, auf die ein Anspruch besteht, der unabhängig von einer Verwendungsabsicht des Empfängers ist, nicht erfasst sein.“⁷⁷ Treffen Sammeln und Entgegennehmen im Falle eines „erfolgreichen“ Sammelns zusammen, so soll diese Alternative als speziell vorgehen⁷⁸.

Die dritte Tathandlung – das Zurverfügungstellen – bedroht das Verhalten des „Spenders“ mit Strafe.⁷⁹ In Übereinstimmung mit dem Inempfangnehmen soll nur die „freiwillige“ Verschaffung der Verfügungsgewalt über den Vermögenswert erfasst sein, nicht dagegen die auf einer Rechtspflicht beruhende Zuwendung.⁸⁰

Die Bestimmung der „Spende“ als Mittel zur Terrorismusfinanzierung folgt im Übrigen aus der Formulierung „mit dem Wissen oder Absicht, dass diese [die Vermögenswerte] von einer anderen Person zur Begehung [der genannten terroristischen Taten] verwendet werden sollen“. Das Erfordernis des sicheren Wissens bzw. der Absicht soll eine Unsicherheit, die sich zu der Vorgängerregelung des § 89a Abs. 2 Nr. 4 StGB a.F. ergeben hatte, beseitigen. Den konkreten Bezug zur Verwendung der Vermögenswerte für eine spätere Tat beschrieb diese Vorschrift durch die Wendung „für deren Begehung“ sammelt, entgegennimmt oder zur Verfügung stellt. Dadurch sollten „allgemeine finanzielle Aktivitäten“ ohne konkreten Tatbezug aus dem Anwendungsbereich des Tatbestandes ausgeschieden werden.⁸¹ Strittig war, ob hinsichtlich dieses Bezugs *dolus eventualis* ausreichte⁸² oder sicheres Wissen

⁷⁴ Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 89a Rn. 37; ähnlich Gazeas (Fn. 12), § 89a Rn. 55: Suchen bzw. Einfordern von Vermögenswerten, diese zu erhalten und anschließend zumindest zeitweilig aufzubewahren“.

⁷⁵ Gazeas/Grosse-Wilde/Kießling, NStZ 2009, 593 (599).

⁷⁶ Gazeas/Grosse-Wilde/Kießling, NStZ 2009, 593 (599).

⁷⁷ BT-Drucks. 18/4087, S. 11.

⁷⁸ Gazeas (Fn. 12), § 89a Rn. 52.

⁷⁹ Gazeas/Grosse-Wilde/Kießling, NStZ 2009, 593 (599).

⁸⁰ BT-Drucks. 18/4087, S. 11.

⁸¹ BT-Drucks. 16/12428, S. 15; Fischer (Fn. 17), § 89a Rn. 36.

⁸² So wohl BT-Drucks. 16/12428, S. 15; ausdrücklich Schöfer, in Münchener Kommentar zum StGB, Band 3, 2. Aufl. 2012, § 89a Rn. 59; Sternberg-Lieben (Fn. 2), § 89a Rn. 17. Offen gelassen vom BGH, NJW 2014,

erforderlich war⁸³. Um dieser „Unsicherheit zu begegnen“, fordert § 89c Abs. 1 StGB insofern Wissen (dolus directus 2. Grades).⁸⁴ Die Aufnahme der – in dem Entwurf nicht enthaltenen – Absicht hinsichtlich des Verwendung der Vermögenswerte zur Begehung einer terroristischen Tat erfolgte auf Vorschlag von Sieber/Vogel⁸⁵ und stellt sicher, dass auch das Sammeln, Entgegennehmen oder Zurverfügungstellen von Vermögenswerten erfasst ist, wenn der Täter zwar die Terrorismusfinanzierung bezweckt, er sich aber nicht sicher ist, ob die Vermögenswerte tatsächlich dazu verwendet werden sollen. Die Eingrenzung des subjektiven Tatbestandes auf sicheres Wissen und Absicht hinsichtlich des – objektiven – Verwendungszwecks setzt im Übrigen voraus, dass der – gesammelte, empfangene oder gewährte – Vermögenswert – zumindest in der Vorstellung des Täters – in einem konkreten Bezug zu der Verwendung für – zukünftige – terroristische Taten steht.

2. Finanzierung eigener terroristischer Taten, § 89c Abs. 2 i.V.m. Abs. 1 S. 1 Nr. 1-7, S. 2 StGB

§ 89c Abs. 2 StGB bedroht das Sammeln, Entgegennehmen und zur Verfügung stellen von Vermögenswerten zur Begehung eigener terroristischer Straftaten mit derselben Strafe.

3. Finanzierung des fremden oder eigenen „Terror-Tourismus“, § 89c Abs. 1 S. 1 Nr. 8, Abs. 2 StGB i.V.m. § 89a Abs. 2a StGB

Der Straftatbestand der Finanzierung des so genannten „Terror-Tourismus“, der – wie dargelegt – den Anstoß zur Neuregelung der Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung insgesamt gab, findet sich in § 89c Abs. 1 S. 1 Nr. 8 StGB. Diese Alternative ist unübersichtlich, da sie auf den ebenfalls durch das GVG-ÄndG geschaffenen Abs. 2a des § 89a StGB Bezug nimmt. § 89a Abs. 1 StGB stellt die in Abs. 2 konkretisierten Handlungen zur Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat unter Strafe. Zu diesen strafbaren Vorbereitungshandlungen gehört nach § 89a Abs. 2 Nr. 1 StGB auch das „Terror-Training“, d.h. das Unterweisen einer anderen Person in der Herstellung von oder im Umgang mit Waffen oder gefährlichen Stoffen sowie in Fertigkeiten, die der Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat dienen, und das sich darin Unterweisenlassen. § 89a Abs. 2a StGB dehnt die strafbaren Vorbereitungshandlungen nun noch weiter in das Vorfeld aus, indem zum einen das Unternehmen der Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und zum anderen das Unternehmen der Ausreise in einen Staat, in dem ein „Terror-Training“ stattfindet, mit Strafe bedroht wird. Die Ausgestaltung als Unternehmensdelikt bedeutet, dass nicht nur die erfolgreiche Ausreise zur Begehung von

3459 (Rn. 46); das Gericht hält den Tatbestand jedoch für verfassungswidrig, wenn dolus eventualis genügen würde (a.a.O., Rn. 45).

⁸³ Z.B. Gazeas (Fn. 12), § 89a Rn. 60; Paeffgen (Fn. 16), § 89a Rn. 52.

⁸⁴ BT-Drucks. 18/4087, S. 12.

⁸⁵ <http://www.bundestag.de/blob/366620/983448cdd6c3dda63a44871626bd57de/sieber-data.pdf>, S. 3.

Gewalttaten oder zum Zweck des Aufsuchens eines „Terror-Camps“, sondern bereits der Versuch der Ausreise strafbar ist. § 89c Abs. 1 Nr. 8 StGB bedroht das Sammeln, Entgegennehmen und Zurverfügungstellen von Vermögenswerten zur Finanzierung dieses „Terror-Tourismus“ mit Strafe.

Unübersichtlich ist dieser Straftatbestand zudem, weil der Begriff der schweren staatsgefährdenden Gewalttat nicht mit dem der terroristischen Straftat in § 89c Abs. 1 StGB übereinstimmt, sondern deutlich enger ist. Erfasst sind nach § 89a Abs. 1 StGB nur Mord, Totschlag, räuberische Erpressung und Geiselnahme, soweit sie nach den Umständen bestimmt und geeignet sind, „den Bestand oder die Sicherheit eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beeinträchtigen oder Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben“.

4. Geringwertigkeit der Vermögenswerte, § 89c Abs. 5 StGB

§ 89c Abs. 5 StGB sieht eine Verringerung des Strafrahmens nach § 89c Abs. 1 S. 1 StGB – Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zehn Jahren – auf drei Monate bis fünf Jahre im Falle der Geringwertigkeit der Vermögenswerte vor. Es handelt sich also um eine Privilegierung im Zusammenhang des neuen Tatbestandes, gegenüber der Vorgängerregelung des § 89a Abs. 2 Nr. 4 StGB a.F. kommt dadurch aber eine deutliche Verschärfung der Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung zum Ausdruck. Strafbar war nach jener Vorschrift nämlich nur das Sammeln, Entgegennehmen und Zurverfügungstellen „nicht unerheblicher“ Vermögenswerte. Diese Einschränkung enthält § 89c Abs. 1 S. 2, Abs. 2 StGB nicht, sodass auch Fälle der Terrorismusfinanzierung durch geringe Vermögenswerte erfasst sind und der Strafraumen bei geringfügigen Beträgen lediglich niedriger ist. Der Gesetzgeber scheint § 89c Abs. 5 StGB als bloße Strafzumessungsvorschrift zu betrachten („... der in Absatz 5 vorgesehene minder schwere Fall bei geringwertigen Vermögenswerten ...“), es handelt sich jedoch um einen privilegierenden Tatbestand, da im Gesetzestext die Bezeichnung „minder schwerer Fall“ fehlt.

Die Änderung des Wortlauts – Geringwertigkeit des Vermögenswertes in § 89c Abs. 5 StGB statt nicht unerheblicher Vermögenswert in § 89a Abs. 2 Nr. 4 StGB a.F. – hat die zu der Vorgängerregelung bestehenden Unklarheiten zumindest weitgehend beseitigt. Nach dem Willen der Verfasser des GVVG sollten auch solche Vermögenswerte nicht unerheblich sein können, die isoliert betrachtet nicht bedeutend erscheinen („quantitative Betrachtung“), jedoch im Rahmen einer wertenden Gesamtschau einen nicht unerheblichen Beitrag zur Vorbereitung der schweren staatsgefährdenden Gewalttat leisten („qualitative Betrachtung“), z.B. die Aufwendungen zur Beschaffung bestimmter Stoffe oder Gegenstände oder zur Anmietung eines erforderlichen Fahrzeugs für die Platzierung einer Autobombe.⁸⁶ Dieses – mit dem Wortlaut

⁸⁶ BT-Drucks. 16/12428, S. 15.

nicht zu vereinbarende⁸⁷ – Verständnis gab keinerlei Anhaltspunkte für eine Untergrenze des Geldbetrages, sodass selbst die Kosten für eine Bahnfahrkarte diesem Begriff subsumiert werden könnten.⁸⁸ Da § 89c StGB die Tatbestandsmäßigkeit der „Terrorismusfinanzierung“ nicht mehr von einer Wertuntergrenze abhängig macht, sondern bei Geringwertigkeit des Vermögenswertes lediglich einen geringeren Strafraum androht, stellt das Gesetz klar, dass das Sammeln, Entgegennehmen oder Zurverfügungstellen eines jeden Vermögenswertes strafbar ist. Mit dem Terminus geringwertiger Vermögensvorteil ist eine qualitative Betrachtung im Übrigen unvereinbar. Der Entwurf des GVVG-DndG duert sich nicht dazu, wie die Geringwertigkeit auszulegen sei, doch liegt die Orientierung an der Wertgrenze, die zu anderen Vorschriften des StGB, die diesen Begriff verwenden (§§ 73c Abs. 1 S. 2, 248a StGB), bejaht wird, nahe; der BGH nimmt 25 € an⁸⁹, zutreffend erscheint jedoch ein Betrag von 50 €⁹⁰. Liegt der Vermögenswert unterhalb dieses Betrages, so ändert dies an der grundsätzlichen Strafbarkeit somit nichts. Eine „Korrektur“ dieses Ergebnisses kann allerdings nach § 89c Abs. 6 StGB erfolgen, wenn der Richter wegen der Geringfügigkeit des Vermögenswertes die Schuld des Täters als gering einstuft; dann ist die Strafe zu mildern oder der Richter kann von Strafe absehen.⁹¹

III. Tätige Reue, § 89c Abs. 7 StGB

§ 89c Abs. 7 S. 1 StGB stellt die Milderung der Strafe oder das Absehen von der Bestrafung in das Ermessen des Gerichts, wenn der Täter „tätige Reue“ übt, indem er „freiwillig die weitere Vorbereitung der Tat aufgibt und eine von ihm verursachte und erkannte Gefahr, dass andere diese Tat weiter vorbereiten oder sie ausführen, abwendet oder wesentlich mindert oder wenn er freiwillig die Vollendung dieser Tat verhindert“. Nach § 89c Abs. 7 S. 2 StGB genügt das freiwillige und ersthafte Bemühen um die Abwendung oder wesentlichen Minderung der Gefahr oder die Verhinderung der Vollendung der Tat, wenn diese „Erfolge“ ohne Zutun des Täters eingetreten sind. Diese – in dem Entwurf nicht enthaltene – Regelung knüpft an einen Vorschlag von *Sieber/Vogler*⁹² an, weist aber wesentlich strengere Voraussetzungen auf, die von dem Täter kaum zu erfüllen sind. *Sieber/Vogler* hatten empfohlen, eine – obligatorische – Strafaufhebung für den Fall vorzusehen, dass der Täter „die Finanzierungsbemühungen und die Vorbereitung einer in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1-8 genannten Straftat endgültig aufgibt und die von ihm verursachte Gefahr

⁸⁷ *Paeffgen* (Fn. 16), § 89a Rn. 50; *Schöfer* (Fn. 25), § 89a Rn. 55

⁸⁸ *Gazeas* (Fn. 12), § 89a Rn. 53: „Geldbetrag von 3 € für ein Bahnticket oder 25 € für die Anmietung eines Fahrzeugs“; *Gazeas* lehnt diese „qualitative Betrachtung“ jedoch zu Recht ab und fordert einen Mindestbetrag von 2.000 € (a.a.O., Rn. 54); zustimmend *Fischer* (Fn. 17), § 89a Rn. 35.

⁸⁹ BGH, HRSt 2004 Nr. 737.

⁹⁰ Z.B. OLG Hamm, StV 2003, 672; wistra 2004, 34 (zu § 248a StGB); a.A. *Fischer* (Fn. 17), § 248a Rn. 3a, der 50 € als zu hoch, 30 € aber als „vertretbar“ betrachtet.

⁹¹ Siehe BT-Drucks. 18/4087, S. 12.

⁹² <http://www.bundestag.de/blob/366620/983448cdd6c3dda63a44871626bd57de/sieber-data.pdf>, S. 3.

beseitigt [und die Tat einer zuständigen Behörde anzeigt]“. Eine – fakultative – Strafmilderung oder Strafaufhebung sollte vorgesehen werden, wenn der Täter zwar die von ihm verursachte Gefahr nicht beseitigt, aber die Finanzierungsbemühungen und die Tatvorbereitung aufgibt, sein Wissen über die Vorbereitung und Begehung von terroristischen Straftaten vollständig einer Dienststelle offenbart und dadurch dazu beiträgt, dass derartige Straftaten verhindert oder aufgeklärt werden.

IV. Anwendung auf Auslandssachverhalte, § 89c Abs. 3, Abs. 4 StGB

Nach § 89c Abs. 3 StGB gelten die deutschen Straftatbestände gegen Terrorismusfinanzierung nicht nur für in Deutschland begangenen Taten, sondern generell auch für Taten, die in Mitgliedstaaten der Europäischen Union begangen werden; die Verfolgung von Taten in EU-Staaten bedürfen jedoch einer Ermächtigung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), wenn die Tat von einem Ausländer begangen wurde und die finanzierte Straftat im Ausland gegen einen Ausländer begangen werden soll (§ 89c Abs. 4 S. 2 StGB). Auf eine Tat im EU-Ausland sind die Tatbestände nur anwendbar, wenn sie durch einen Deutschen oder einen Ausländer mit Lebensgrundlage in Deutschland begangen wird oder die finanzierte Straftat in Deutschland oder gegen einen Deutschen begangen werden soll; in diesen Fällen ist generell eine Verfolgungsermächtigung des BMJV notwendig (§ 89c Abs. 4 S. 1 StGB).

V. Fazit

An dieser Stelle können und sollen die grundsätzlichen Bedenken gegen die Ausdehnung des Strafrechts zur Bekämpfung des Terrorismus „in das Vorfeld des Vorfelds“⁹³, die auch für den neuen Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung gelten würden, nicht aufgegriffen werden.⁹⁴ Die nationalen Strafrechtsordnungen können sicher nur einen relativ geringen Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Phänomens des Terrorismus leisten. Auch zur Verhinderung des „Terror-Tourismus“ bedarf es in erster Linie anderer Mittel, untauglich ist der Einsatz des Strafrechts zu diesem Zweck jedoch nicht. Nicht zu verkennen ist im Übrigen, dass der deutsche Gesetzgeber wegen der völker- und europarechtlichen Verpflichtungen ohnehin nicht über das „Ob“ der Umsetzung in das deutsche Strafrecht, sondern nur über das „Wie“ entscheiden konnte. Der gegen das GVVG erhobene Vorwurf, der deutsche Gesetzgeber sei mit den §§ 89a, 89b, 91 StGB weit über die Vorgaben hinausgegangen⁹⁵, trifft das GVVG/IndG im Übrigen nicht. Ziffer 6 Buchstabe der Resolution 2178 (2014) des UN-Sicherheitsrats enthält eine umfassende Forderung nach Strafvorschriften gegen „die vorsätzliche Bereitstellung oder Sammlung von Geldern, gleichviel durch welche Mittel und ob mittelbar oder

⁹³ So z.B. *Paeffgen* (Fn. 16), § 89a Rn. 1, zu den 2009 durch das GVVG geschaffenen §§ 89a, 89b, 91 StGB.

⁹⁴ Siehe nur die – harsche – Kritik von *Paeffgen* (Fn. 16), § 89a Rn. 1 ff. an den durch das GVVG geschaffenen Straftatbeständen, mit umfangreichen Nachweisen weiterer ablehnender Stimmen.

⁹⁵ So z.B. *Paeffgen* (Fn. 16), § 89a Rn. 4.

unmittelbar, durch ihre Staatsangehörigen oder in ihrem Hoheitsgebiet mit der Absicht oder in Kenntnis dessen, dass diese Gelder zur Finanzierung der Reisen von Personen verwendet werden, die in einen Staat reisen, der nicht der Staat ihrer Ansässigkeit oder Staatsangehörigkeit ist, um terroristische Handlungen zu begehen, zu planen, vorzubereiten oder sich daran zu beteiligen oder Terroristen auszubilden oder sich zu Terroristen ausbilden zu lassen“.

Die Neuregelung ist recht unübersichtlich, was allerdings auch den völker- und europarechtlichen Vorgaben geschuldet ist. Die Bezugnahme auf unterschiedliche Definitionen der terroristischen Straftaten in § 89c Abs. 1 Nr. 1-7 und Nr. 8 StGB ist in der Sache nicht begründet, sondern beruht darauf, dass § 89c Abs. 1 Nr. 8 StGB auf Abs. 2a des § 89a StGB verweist und die Einfügung dieses Absatzes durch das GVVG-ÄndG in den ansonsten unveränderten § 89a StGB, der die Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten mit Strafe bedroht, erfolgte. § 89c StGB vermeidet die Unklarheiten der Vorgängerregelung, indem nun das Sammeln, Entgegennehmen und Zurverfügungstellen eines jeglichen – auch geringen – Vermögenswertes erfasst. Diese Ausdehnung mag überzogen erscheinen, die Herabsetzung des Strafrahmens bei geringfügigen Vermögenswerten und die Möglichkeit der – weiteren – Milderung bzw. des Absehens von Strafe bei geringer Schuld erlaubt aber in der Praxis angemessene Ergebnisse. Die Beschränkung der Strafbarkeit auf die Fälle, in denen der Täter hinsichtlich der Verwendung der Vermögenswerte wissentlich oder absichtlich handelt, trifft zu. Die Einführung einer Regelung der tätigen Reue ist ebenfalls zu begrüßen, obwohl sie praktikabler hätte ausgestaltet werden können.

UDC 351.74:061.1 EU + 341

Jakulin V., Ph.D., Full Professor,
Faculty of Law,
University of Ljubljana, Slovenia

EUROJUST

Circumstances in society are changing and legislation should be adapted according to such changes. With the amendments to the national legislation it would be wise to provide the possibility of cooperation with other states and international organisations and bodies. In continuation I present the competences and objectives of Eurojust and the possibility of non - Member states for the cooperation with this body of the European Union.

Eurojust is a body of the European Union, whose task is to encourage and improve the coordination and cooperation between competent judicial authorities of Member States. This body has its legal personality and was